

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Musiol, Freundinnen und Freunde

betreffend Transparenz von Familienleistungen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1174 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 erlassen wird - BFRG 2012-2015 (1199 d.B.)

Anfang November 2010 kündigte der ÖVP-Familienminister Mitterlehner eine Kehrtwende der aktuellen Familienpolitik an. Ziel müsse es sein, künftig vermehrt in Sachleistungen anstelle von Geldleistungen zu investieren.

*„Die Kosten des Systems stehen in keiner Relation zu den Ergebnissen. Unsere vornehmlich auf Geldleistungen ausgerichtete Familienpolitik hat nicht zu einer höheren Geburtenrate geführt. Rein finanzielle Anreize haben sich europaweit nicht bewährt.“* (...) *„Bei uns herrscht das Bild, dass Kinder nur in der behüteten Umgebung der Familie gut aufwachsen. Das entspricht nicht der Realität. Wir müssen Sachleistungen wie Kindergartenplätze ausbauen.“* (R. Mitterlehner, profil Nr.45/10 8.11.2010)

Noch deutlichere Worte zur Familienpolitik der aktuellen Regierung fand Seniorenbund-Obmann Andreas Kohl:

*„Man muss ganz ideologiefrei und objektiv eingestehen, dass die Familienpolitik gescheitert ist – das Motto „Mehr Geld für Familien bedeutet mehr Geburten“ war nicht erfolgreich. Also müssen wir überlegen, was wir falsch gemacht haben. Und da sieht man im Vergleich mit Schweden und Frankreich, dass wir zu wenig Kinderbetreuungseinrichtungen oder Ganztagschulen haben.“* (A. Kohl, profil Nr.45/10 8.11.2010)

Auch die jüngste Studie der OECD („Doing better für families“, 04/2011) machte deutlich, dass Österreich führend bei den Ausgaben für Familienleistungen ist. Im Jahr 2007 gab Österreich rund drei Prozent des BIP dafür aus. Die Studie macht erneut deutlich, dass in Österreich vor allem der Anteil der Geldleistungen dominiert (2007: 2,15% des BIP) während die Ausgaben für Dienstleistungen (Bsp. Kinderbetreuungsangebot) im Ländervergleich deutlich geringer ausfällt (2007: 0,86% des BIP). Die Studie empfiehlt eine gegenteilige Investition, d.h. mehr Sachleistungen als Geldleistungen. Denn der Vergleich unter den OECD-Staaten zeige, dass vor allem jene Länder bei Armutsprävention und Kindeswohlergehen gut abschneiden, die besonders in Dienstleistungen investieren.

In der OECD Studie („Doing better für families“, 04/2011) wird auf eine Beschränktheit der Daten hingewiesen, denn Leistungen für Familien (sowohl Geld- als auch Dienstleistungen) werden auch von lokalen Regierungen finanziert bzw. kofinanziert.

Der mangelhafte Zustand einer exakten Datenlage über die tatsächlichen Ausgaben für Familien betrifft auch Österreich. Es kann derzeit keine exakte Aussage darüber getroffen werden, wie viel Mittel Österreich derzeit für Kinderbetreuung aufbringt. Es ist daher auch nicht bekannt, wie viel Mittel in die Kinderbetreuung fließen. Am Ausbau sowie der laufenden Finanzierung der Kinderbetreuung sind sowohl Bund, Länder als auch Gemeinden beteiligt. Eine Transparenz über die aufgebrachten Mittel der einzelnen Ebenen ist derzeit jedoch nicht gegeben.

Eine zielgerichtete Familienpolitik, die eine Entscheidung über eine Umschichtung von Geldleistungen in Richtung Sachleistungen treffen will bzw. beurteilen möchte ob es bereits in den letzten Jahren diesbezügliche Veränderungen gab, ist auf eine umfassende Datenbasis angewiesen.

Im Jänner 2011 kündigte Familienminister Mitterlehner daher an, das Beihilfensystem für Familien auf regionaler Ebene ins Visier nehmen zu wollen (Presse, 24.1.2011; Kurier 24.1.2011). Doppelgleisigkeiten, wie Extra-Leistungen für Neugeborene, Schulanfänger, Mehrlinge uvm., die in einigen Bundesländern zusätzlich zu den Familienleistungen des Bundes ausgeschüttet werden, sollten künftig in den Ausbau der Kinderbetreuung fließen. Für Februar 2011 kündigte der Minister Gespräche mit den Familienreferenten der Länder an. Eine Präsentation der Ergebnisse blieb bislang aus.

Im Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2012-2015 wird im UG 25 Familie und Jugend als Priorität und Schwerpunkt der kommenden Jahre die „Konsensuale Abstimmung der familienbezogenen Leistungen mit den Ländern“ angeführt (S.50).

Eine Abstimmung der Leistungen setzt jedoch eine transparente und exakte Datenlage voraus.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Ausgaben für Familienleistungen einschließlich entfallener öffentlicher Abgaben getrennt nach Leistungsarten und je Gebietskörperschaft zu erfassen und dem Nationalrat spätestens Ende 2011 einen diesbezüglichen Bericht zuzuleiten.

